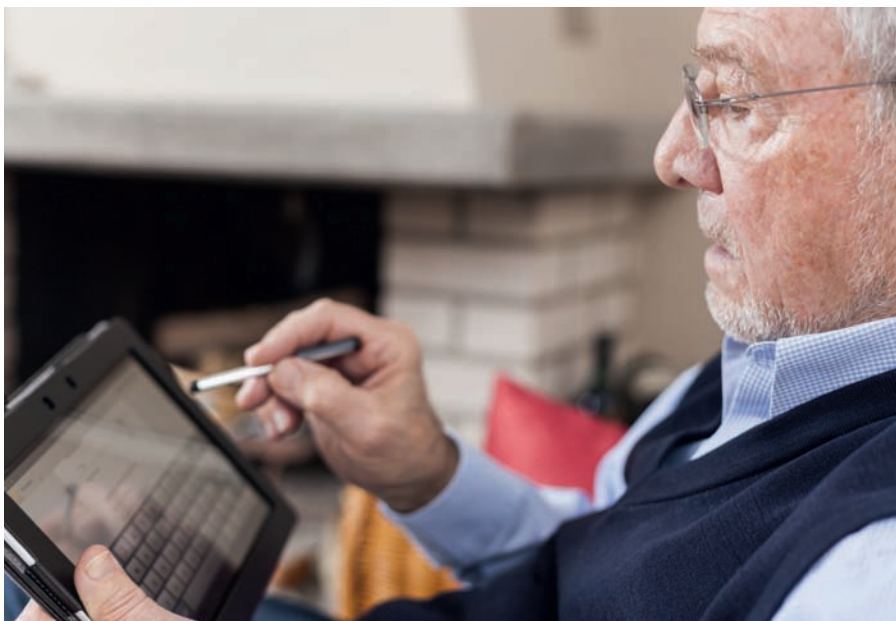


## Inhalt

- 2 Wohngeldreform:** Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im Deutschen Bundestag hat der Reform des Wohngeldes zugestimmt.
- 5 Verbandstag:** Unter dem Motto „Wir vereint im Norden“ hat die norddeutsche Wohnungswirtschaft das 25-jährige Jubiläum des Drei-Länder-Verbandes VNW gefeiert.
- 6 Zahlenspiegel:** Mietpreisindex, Wohnungsbaugenehmigungen und mehr – die wichtigsten Rahmendaten zur Wohnungswirtschaft für den Monat Juni.

## Neue Studie: Technische Assistenzsysteme unterstützen ein langes eigenständiges Leben

**Berlin – Technische Assistenzsysteme halten mit Bezeichnungen wie Ambient Assisted Living (AAL) und Smart Home zunehmend in Mietwohnungen Einzug. Sie helfen, älteren und körperlich eingeschränkten Menschen länger sicher, komfortabel und eigenständig in ihrer angestammten Umgebung und Wohnung leben zu können. Aber nicht nur Mieter, sondern auch Wohnungsunternehmen und Gesellschaft profitieren. Zudem wird der Gesundheitsstandort Wohnung gestärkt.**



Technische Assistenzsysteme, häufig über Tablets steuerbar, ermöglichen ein langes eigenständiges Leben in der angestammten Wohnung.

Zu diesen Ergebnissen kommt die im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung geförderte Studie „Technische Assistenzsysteme für ältere Menschen – eine Zukunftsstrategie für die Bau- und Wohnungswirtschaft“, die gemeinsam vom GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, dem SIBIS Institut für Sozialforschung und Projektberatung GmbH und

der InWIS GmbH erstellt wurde.

Es bestehen aber noch wesentliche Hemmnisse für die Verbreitung von technischen Assistenzsystemen, so die Studie: Häufig fehlt bei potenziellen Anwendern ein Bewusstsein über den Nutzen der Systeme. Zudem sind die Finanzierungsbedingungen aktuell noch schwierig. „Das von der Politik bislang zur Verfügung gestellte Instru-

Weiter auf Seite 2 ➔

## Aktuelle Meldungen

### Mehr Wohnungen fertig gestellt

Im Jahr 2014 wurden in Deutschland rund 245.300 Wohnungen fertig gestellt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren das 30.500 Wohnungen oder 14,2 Prozent mehr als im Vorjahr. In Mehrfamilienhäusern wurden insgesamt 101.021 Wohnungen fertig gestellt – ein Plus von 28 Prozent gegenüber 2013. Um den Bedarf an neuen Wohnungen in einigen Ballungsräumen zu decken, sind aus Sicht der Wohnungswirtschaft aber mindestens 320.000 neue Wohnungen jährlich in den nächsten 10 Jahren notwendig. (wi)

### Mietpreisbremse für rheinland-pfälzische Städte beschlossen

Die Mietpreisbremse soll in Rheinland-Pfalz für Mainz, Trier und Landau gelten. Das hat der Ministerrat in Mainz am 16. Juni 2015 im Grundsatz gebilligt. Vor dem In-Kraft-Treten werden nun noch die Verbände angehört. Der Auswahl der Städte liegt ein wissenschaftliches Gutachten zur quantitativen und qualitativen Wohnraumversorgung zugrunde. (wi)

### Abfallmenge pro Kopf deutlich über dem EU-Durchschnitt

Im Jahr 2013 fielen in Deutschland im Durchschnitt 617 Kilogramm Siedlungsabfall je Einwohner an. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag die Abfallmenge deutlich über dem Durchschnitt der Europäischen Union (EU) von rund 481 Kilogramm je Einwohner. Noch höhere Werte gab es nur in Zypern, Luxemburg und Dänemark. (wi)

## Wohngeld: Bauausschuss im Bundestag stimmt für Reform

**Berlin – Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im Deutschen Bundestag hat der Reform des Wohngeldes zugestimmt. In der Sitzung am 17. Juni 2015 votierten CDU/CSU und SPD für den Gesetzentwurf zur Reform des Wohngeldrechts. Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten sich. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Umwelt- und Bauministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), hob hervor, dass mit der Wohngeldreform mehr Menschen erreicht werden würden. Sie sagte, dass diese „in einem Gesamtkontext“ mit der Mietpreisbremse und der Reform des sozialen Wohnungsbaus gesehen werden müsse.**

Die CDU/CSU-Fraktion bezeichnete die Reform als „starkes sozialpolitisches Signal“, welche das Ziel verfolge, die „Leistungsfähigkeit und Anreizfähigkeit“ gegenüber der Grundsicherung zu erhöhen. Dabei müsse man auch den sogenannten „Drehtüreffekt“ im Auge behalten. Die SPD lobte den Gesetzentwurf als eine „deutliche Verbesserung“ des Wohngeldes. Seit der letzten Wohngeldreform im Jahr 2009 seien die Preise um acht Prozent gestiegen und es habe in dem Gesetze eine Anpassung der Tabellenwerte um 39 Prozent gegeben. Der SPD-Vertreter sagte, dass von den Koalitionsfraktionen ein Antrag eingebracht worden sei, wonach das Wohngeld jetzt alle zwei Jahre überprüft werden solle. Der erste Bericht an den Bundestag soll zum 30. Juni 2017 vorgelegt werden.

Die Fraktion DIE LINKE kritisierte an dem Gesetzentwurf, dass steigende Mieten damit lediglich ausgeglichen, bevorstehende Mieterhöhungen aber nicht berücksichtigt würden. Die Fraktion kündigte einen Entschließungsantrag an, in dem eine andere Systematik für die Errechnung des

Wohngeldes vorgeschlagen werde. Grundlage der Berechnung solle dabei die Brutto-Warmmiete sein. Übersteige diese 30 Prozent des Einkommens, solle das Wohngeld greifen. Dies würde eine Entbürokratisierung bedeuten und hätte den Vorteil, dass keine Evaluierungen mehr nötig seien. Außerdem würde die Zahl der Anspruchsberechtigten erhöht. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, dass mit dem Gesetzentwurf lediglich das Niveau von 2009 erreicht werde. Zudem müsse der „Drehtüreffekt“, der besagt, dass Menschen immer wieder zwischen Wohngeld und der Grundsicherung wechselten, beendet werden. Die Grünen forderten außerdem, dass der Klimazusatz beim Wohngeld wieder eingeführt werden müsse.

Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW fordert eine dynamische Anpassung des Wohngeldes an die Preis- und Lohnentwicklung, mit einer jährlichen Überprüfung wie bei der Mindestsicherung. Ohne eine regelmäßige Prüfung der Höhe des Wohngeldes ist es nicht möglich, mit diesem Instrument angemessenes und familiengerechtes Wohnen für einkom-

mensschwache Haushalte zu sichern. Dazu gehört auch die Einführung einer Heiz- und Energiekostenkomponente. Denn nach einem anfänglichen Absinken der Heizkosten nach der letzten Wohngeldreform 2009 sind diese – wie auch die Energiekosten insgesamt – in den letzten Jahren wieder deutlich gestiegen.

Der Gesetzentwurf sieht eine Erhöhung des Wohngeldes, das je zur Hälfte von Bund und von den Ländern finanziert wird, für rund 870.000 Haushalte vor. Bislang erhielt ein Zwei-Personen-Haushalt (im Jahr 2012) durchschnittlich 112 Euro Wohngeld. Mit der Reform sollen es im Durchschnitt 186 Euro sein. Das Gesetz, dem der Bundesrat zustimmen muss, soll am 1. Januar 2016 in Kraft treten. Nach der Anhörung 11. Juni 2015 waren zu dem Gesetz von den Koalitionsfraktionen zwei Änderungsanträge eingebracht worden, die ebenfalls angenommen wurden. (hib/schi) ■

➔ **Weitere Infos und Positionen der Wohnungswirtschaft zum Wohngeld finden Sie unter [www.gdw.de](http://www.gdw.de) in der Rubrik „Wohnen & Stadt“, „Mietrecht“**

### ➔ Fortsetzung von Seite 1

mentarium reicht nicht, um den Nutzen von technischen Assistenzsystemen konsequent zu heben“, mahnte GdW-Präsident Axel Gedaschko am 22. Juni 2015 bei der Präsentation der Studie auf einem Fachforum des GdW in Berlin. Es bedürfe der Entwicklung und Erprobung neuer interdisziplinärer Modelle, in die beispielsweise die Kommunen, Kranken- oder Pflegekassen und System- und Dienstleistungsanbieter mit einbezogen werden sollten. „Konkret empfiehlt sich eine Erweiterung des Leistungskataloges der Pflegekassen um intelligente, IT-gestützte Monitoringsysteme“, so der GdW-Chef.

Zudem sollten auch Wohnungsunternehmen Investitionszuschüsse für im Rahmen des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ in Anspruch nehmen können und steuerliche Anreize für Mieter und/oder Unternehmen sollten diese dabei unterstützen, die entsprechenden Systeme einzubauen. Ausdrücklich lobte Gedaschko, dass die KfW Bankengruppe den Einbau

technischer Assistenzsysteme bereits fördere. „Barrierereduziertes Wohnen wird im Zuge des demografischen Wandels und einer zunehmend alternden Gesellschaft immer mehr Relevanz erfahren und muss deshalb dringend verstärkt gefördert werden“, so Gedaschko.

Dagegen kritisierte Axel Gedaschko den vom Bundeskabinett am 27. Mai 2015 beschlossenen Entwurf eines „E-Health-Gesetzes“. Danach soll bislang lediglich die telemedizinische Befundung von Röntgenaufnahmen in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufgenommen werden. „Hier muss nachgebessert werden, um telemedizinische Leistungen nicht nur halbherzig zu fördern. Zudem ist das strikte Fernbehandlungsverbot für Ärzte aufzuheben“, forderte der GdW-Präsident.

Der umfassende Einsatz von datenübermittelter Technologie berge viele Chancen, den Grundsatz „ambulant vor stationär“ nachhaltig umsetzen zu können. Gleich-

zeitig müsse das technische System ausreichend Sicherheit dafür bieten, dass unerlaubte Zugriffe auf Daten, ausgeschlossen sind, auch um das Vertrauensverhältnis zwischen Mieter und Vermieter nicht zu beschädigen.

Die Unternehmen und Verbände im GdW zählen zu den Vorreitern des technikunterstützten Wohnens. „Wir stehen erst am Anfang einer Entwicklung. Alle Marktteiligen und die Politik müssen die Menschen stärker darüber aufklären, dass Technik zwar besonders Ältere unterstützen kann, aber in erster Linie ein Gewinn an Komfort und Lebensqualität für alle Generationen darstellt“, erklärte GdW-Präsident Gedaschko. (kön/wedelschi) ■

➔ **Ein Ergebnispapier mit den wichtigsten Empfehlungen der Studie finden Sie unter diesem Kurzlink: [bit.ly/1GDXYdW](http://bit.ly/1GDXYdW). Die ausführliche Studie können Sie zum Preis von 25 Euro unter [bestellung@gdw.de](mailto:bestellung@gdw.de) anfordern. GdW-Mitglieder können die Studie in Kürze im GdW-Extranet herunterladen.**

## Zukunftspreis der Immobilienwirtschaft auf dem Aareon-Kongress verliehen

Berlin/Garmisch-Partenkirchen – Die Sieger im Wettbewerb um den Zukunftspreis der Immobilienwirtschaft stehen fest. Als Schirmherr des Wettbewerbs gratulierte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, den prämierten Unternehmen auf dem Aareon-Kongress in Garmisch-Partenkirchen zu ihren Leistungen. Bereits zum 12. Mal lobten die Fachzeitschrift DW Die Wohnungswirtschaft und die Aareon AG den Preis aus.



Foto: Aareon/Christian Klant

Die Zukunftspreisträger mit Jurymitgliedern und Auslobervertretern beim diesjährigen Aareon-Kongress

Der Zukunftspreis 2015 widmete sich dem Thema „Wohnungsunternehmen gestalten die Welt von morgen“. „Ich danke allen Wohnungsunternehmen, die sich mit ihren hervorragenden Projekten am Zukunftspreis 2015 beteiligt haben“, so GdW-Präsident **Axel Gedaschko**. „Mit einer Weiterbildungs-Initiative, einem kommunalen Wohnungsunternehmen und einer Genossenschaft ist eine große Bandbreite an Projektinitiatoren unter den Preisträgern vertreten. Ihre innovativen Lösungsansätze und Ideen sind unverzichtbar, um gutes und sicheres Wohnen in Deutschland langfristig zu ermöglichen und auch in Zukunft stetig zu verbessern. Den Wohnungsunternehmen als Vorreiter für die Umsetzung innovativer Projekte gebührt große Anerkennung und mein ausdrückliches Lob. Ein besonderer Dank gilt auch der Jury unter der Leitung von Prof. Dr. **Hansjörg Bach** von der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen.“

### „mikro LOFTS“ – hochwertige und bezahlbare Neubauwohnungen

Ausgezeichnet wurde die Familienheim Schwarzwald-Baar-Heuberg eG, Villingen-Schwenningen, für ihr Projekt „mikroLOFTS“. Die Genossenschaft hat sich mit einer der zentralen Fragestellung von Wohnungsunternehmen beschäftigt: Wie können hochwertige und weitgehend altersgerecht gestaltete Neubauwohnungen geschaffen werden, die auch bezahlbar sind? Die Antwort sind sogenannte „mikroLOFTS“ – ein neuer, innovativer Haustyp, den ein Projektteam aus Baufachleuten entwickelt hat. Dabei handelt es sich um Zwei- bis Fünfgeschosser mit kleinen Wohnungen in intelligenter Bauweise, bei der auf Kostentreiber wie Tiefgarage, Kel-

ler sowie Technikräume bewusst verzichtet wurde. Durch ihre kompakte Bauweise eignen sich die „mikroLOFTS“ für die Nachverdichtung in bestehenden Wohnanlagen. Die Wohnungen sind größtenteils schwellenfrei und hochwertig ausgestattet – mit Balkon, Parkettboden und Abstellräumen. Die Miete beträgt 6,43 Euro pro Quadratmeter, anstatt der sonst im Geschäftsgebiet üblichen acht bis neun Euro pro Quadratmeter für vergleichbaren Neubau. Zudem ist der Heizbedarf des Blockheizkraftwerkgespeisten KfW-70-Hauses gering und für nicht vorhandene Treppenhäuser oder fehlende Verkehrsflächen fallen – trotz vollem Hausmeisterservice – keine zusätzlichen Nebenkosten an. Das Projekt hat nicht nur die Jury überzeugt, sondern auch bundesweit viel Aufsehen erregt.

### „WIR-Akademie“ – unternehmensübergreifende Nachwuchsförderung

Des Weiteren wurde das Projekt „WIR-Akademie – Ein Beispiel unternehmensübergreifender Nachwuchsförderung“ der Kooperation WIR – Wohnen im Revier e.V., Bochum, prämiert. Dieser gehören mittlerweile 12 kommunale und kommunalnahe Wohnungsunternehmen im Ruhrgebiet an. Aus einem Arbeitskreis der WIR-Kooperation ging die WIR-Akademie hervor – ein unternehmensübergreifendes Personalentwicklungsformat, das sich insbesondere an Nachwuchskräfte richtet, die ihre berufliche Ausbildung bereits abgeschlossen haben und nun auf weitere Aufgaben im Unternehmen vorbereitet werden sollen. Die Teilnehmer werden von mehreren Trainern in ihren Methodenkenntnissen zielgerichtet gefördert. Durch die Abwechslung von Lerninhalten, Coaching-Sessions und fachlichen Impulsen werden schnell

Fortschritte wahrgenommen. Sie trainieren so das Arbeiten in interdisziplinären Teams, ihre Kommunikations- und Präsentationsfähigkeiten sowie die Entwicklung von stichhaltigen und nachvollziehbaren Konzepten. Parallel dazu soll über Team Building-Aktivitäten ein Netzwerk entstehen, um die Vorteile der WIR-Kooperation frühzeitig bei den jüngeren Mitarbeitern zu vermitteln.

### „Anhalts Zukunft“ – Lern- und Erlebniswelt in Mitteldeutschland

Prämiert wurde auch das Projekt „Anhalts Zukunft – Mitteldeutsche Lern- und Erlebniswelt“ der Wohnungs- und Baugesellschaft Wolfen mbH, Bitterfeld-Wolfen. Mit der Gründung des Campus – Bitterfeld-Wolfen e.V. entstand die Idee, am Standort des Rathauses einen zentralen Ort des Gemeinwesens und der lebenslangen Bildung für alle Altersgruppen entstehen zu lassen. Das Projekt gliedert sich in drei Teilbereiche auf: „Lern- und Erlebniswelt“, „Kids-Company“ und „Leben im Jahr 2050“ – insgesamt eine einzigartige Kommunikationsplattform für Schüler und Unternehmen. Hier präsentieren die Unternehmen der Region ihre Ausbildungs- und Studienangebote, zeigen Karrierechancen auf. Ziel ist es, sich in Kombination mit dem Werkstattangebot der Kids-Company frühzeitig ihren betrieblichen und wohnungswirtschaftlichen Nachwuchs zu sichern. Im Teilbereich Leben im Jahr 2050 – unterstützt von der Hochschule Anhalt – werden Wohnungsunternehmen, deren Geschäftspartnern und Mietern mit modernster Technik noch unbekanntere Entwicklungen von internationalen Start-up-Unternehmen noch nie dagewesene Wohn- und Lebensqualitäten der Zukunft aufgezeigt. (schilburk) ■

## Brandenburg: Wohnungswirtschaft fordert Wachstumsstrategie

**Potsdam – „Brandenburg braucht keine Mietpreisbremse und keine Grunderwerbsteuererhöhung. Brandenburg braucht eine integrierte, mit Berlin abgestimmte Entwicklungs- und Wachstumsstrategie.“ Das war das Fazit von Maren Kern, Vorstand des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), bei der Präsentation der neuesten Zahlen zu Mietenentwicklung, Leerstand und Investitionen der brandenburgischen BBU-Mitgliedsunternehmen im Rahmen der Jahrespressekonferenz, die am 16. Juni 2015 in Potsdam stattfand.**

Eine solche Strategie müsse vor allem auf die Vertiefung der Vernetzung zwischen Berlin und dem Land Brandenburg setzen – sowohl mit Blick auf die Berliner Umlandgemeinden, aber auch auf die Städte des weiteren Metropolitanraums. Als Ansatzpunkte nannte sie den Erhalt und Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur, eine bessere Präsentation Brandenburger Städte als Wohnstandorte in Berlin und darüber hinaus die proaktive Integration von Flüchtlingen. „Berlins Wachstum ist auch Brandenburgs Chance. Die muss jetzt genutzt werden“, so Kern.

### Mieten stabil – Mietpreisbremse überflüssig

Im Landesdurchschnitt betrug die BBU-Nettokaltmiete 2014 im Land Brandenburg 4,79 Euro pro Quadratmeter und Monat. Das waren 2,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit Blick auf den Berliner Mietespiegelwert von 5,84 Euro pro Quadratmeter wohnt es sich bei Brandenburger BBU-Mitgliedsunternehmen im Berliner Umland bei einer durchschnittlichen Nettokaltmiete von 5,20 Euro pro Quadratmeter insgesamt 64 Cent oder über 12 Prozent günstiger. Bei den BBU-Unternehmen, die für die Hälfte des Mietwohnungsbestandes stehen, entwickeln sich die Nettokaltmieten im Umland im mehrjährigen Vergleich

im Einklang mit der Inflationsrate. „Eine Mietpreisbremse ist im Licht dieser Zahlen ein völlig überflüssiger Eingriff in einen funktionierenden Markt“, sagte Kern.

### Baukosten steigen – Grunderwerbsteuererhöhung kontraproduktiv

Anders als die BBU-Nettokaltmieten sind die Bau- und die Grundstückspreise in den letzten Jahren deutlich schneller gestiegen als die Inflation. Während die Baupreise von 2010 bis 2014 bei einer allgemeinen Inflation von 6,2 Prozent um fast 13 Prozent zulegten, lag die Steigerung bei baureifem Land in Großstädten sogar bis 2013 schon bei rund 22 Prozent. „Die drastische Erhöhung der Grunderwerbsteuer wird den Trend zu stark steigenden Baukosten leider weiter verschärfen. Damit geht sie auch zu Lasten der Mieterinnen und Mieter“, erklärte Kern.

### Investitionen wachsen – mehr Wohnen für den „Speckgürtel“

Demografische Entwicklung, Stadtumbau, Energiewende, vor allem aber auch Neubau: Die BBU-Mitgliedsunternehmen investierten 2014 rund 446 Millionen Euro in Brandenburg. 2015 sollen es nach einer Steigerung um 16 Prozent sogar mehr als eine halbe Milliarde Euro sein. Dabei im Fokus: Potsdam, aber auch der weitere

Metropolitanraum des Landes Brandenburg. „Unsere Unternehmen investieren in die notwendige Diversifizierung ihres Wohnungsangebots, beispielsweise auch durch barrierefreien Wohnraum“, so Kern.

### Stadtumbau stagniert – Entscheidungen notwendig

2014 verharrte der Leerstand in den Städten des weiteren Metropolitanraums des Landes Brandenburg bereits im fünften Jahr bei knapp über 10 Prozent. Aber selbst dieser eher bescheidene Erfolg wurde nur zu hohen Kosten errungen: Seit 2010 haben sie rund 10.500 eigene Wohnungen abgerissen und etwa eine halbe Milliarde Euro vor allem in die demografiegerechte Modernisierung der verbleibenden Wohnungen investiert. „Selbst mit diesen schmerzlichen Anstrengungen können unsere Unternehmen in Anbetracht der demografischen Entwicklung einen Wiederanstieg des Leerstands nur verzögern, aber nicht verhindern“, warnte Kern. „Deshalb muss sich die Landesregierung gegenüber dem Bund jetzt dringend robuster für Entscheidungen beim Stadtumbau Ost einsetzen.“

(ebelschi) ■

➔ **Weiterführende Infos zur Jahrespressekonferenz Brandenburg des BBU finden Sie unter [www.bbu.de](http://www.bbu.de)**

## Wohnungswirtschaft im Westen begrüßt neues Wohnraumförderprogramm für Flüchtlinge in NRW

**Düsseldorf – Die Wohnungswirtschaft im Westen begrüßt die Ankündigung des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW), mit einem speziellen Wohnraumförderprogramm die Schaffung zusätzlichen Wohnraums für Flüchtlinge anzustoßen. „Das NRW-Bauministerium hat eine wichtige Fördermaßnahme ausgearbeitet. Wir gehen davon aus, dass sie von vielen Wohnungsunternehmen und -genossenschaften genutzt werden wird“, erklärte Alexander Rychter, Verbandsdirektor des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen.**

Über das am 18. Juni 2015 von der Landesregierung angekündigte Programm sollen nachhaltig nutzbare Wohnungen gefördert werden, die anschließend als normale Sozialwohnungen genutzt werden können. Die Förderung bezieht sich dem Land zufolge auf den Neubau von Wohnungen sowie – besonders wichtig – auf Umbauten im Bestand, etwa wenn Gewerbeimmobilien oder Bürogebäude zu Wohnraum umfunktionierte werden.

Die Wohnungsunternehmen nehmen ihre

soziale Verantwortung bereits in vielen Städten wahr und engagieren sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen: Wie eine Umfrage des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW und seiner Regionalverbände ergeben hat, setzen rund zwei Drittel der befragten Wohnungsunternehmen bereits Wohnungen für die Unterbringung von Flüchtlingen ein. 92 Prozent geben an, dass sie das aus sozialer Verantwortung heraus tun. „Diese soziale Verantwortung liegt in der Tradition der ehemals gemeinnützigen Wohnungs-

unternehmen und -genossenschaften“, sagte Rychter. „Unsere Mitgliedsunternehmen haben stets betont, dass sie mehr tun würden, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen es ihnen ermöglichen würden. Das neue Programm ist eine solche sinnvolle Ergänzung der Rahmenbedingungen.“

Der Wohnungswirtschaft werden über das kommende Förderprogramm Darlehen mit attraktiven Konditionen einschließlich Til-

Weiter auf Seite 5 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 4

gungsnachlässen gewährt. Zur Abdeckung der Mehrkosten, die aus einer möglichen erhöhten Fluktuationsrate resultieren, kann ein Zuschlag zur Bewilligungsmiete zugelassen werden. Auch Möblierungszuschläge und weitere Nebenleistungen etwa für die Finanzierung von Sicherheitsdiensten oder sozialer Betreuung können abgestimmt werden. „Dieser Punkt ist für unsere Mitgliedsunternehmen besonders wichtig“, so Rychter. „Denn viele Menschen, die aus Krieg und Not nach

Deutschland entkommen sind, benötigen Hilfe dabei, sich hier zurecht zu finden. Wohnungsunternehmen stoßen oft an ihre Grenzen, wenn von ihnen verlangt wird, solche zusätzlichen Betreuungsleistungen zu organisieren.“

Rychter glaubt, dass das neue Programm die Idee der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen weiter stärken wird – nicht jedoch, dass man bald auf die Nutzung von zentralisierten Einrichtungen verzichten könne. „Minister Groschek hat

Recht, wenn er sagt, dass eine dezentrale Unterbringung der Asylsuchenden die Integration fördert und viele Vorteile bietet. Angesichts der weiter steigenden Flüchtlingszahlen werden aber in vielen Städten, je nach individueller Lage, zentrale Unterbringungseinrichtungen auch weiterhin nötig sein. Die jedoch müssen dann eine gute Qualität aufweisen, eine Willkommenskultur widerspiegeln und würdevolles Wohnen ermöglichen. Auch daran sind unsere Mitgliedsunternehmen in vielen Kommunen beteiligt.“ (winklschi) ■

## „Wir vereint im Norden“: 25 Jahre Drei-Länder-Verband

**Stralsund – Unter dem Motto „Wir vereint im Norden: 25 Jahre Drei-Länder-Verband“ beging der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen am 11. Juni 2015 in Stralsund seinen diesjährigen Verbandstag. Er hatte sich dieses Jubiläum zum Anlass genommen, um auf die Bedeutung der Wende für die Wohnungswirtschaft in Norddeutschland aufmerksam zu machen. Begrüßt wurden die 200 Gäste vom Verbandsausschussvorsitzenden Raimund Dankowski, der direkt zu Beginn die Notwendigkeit der Kooperation von Land, Kommunen, Gemeinden und Wohnungswirtschaft betonte.**



Fotos: VNW/Lilienthal

Dr. Joachim Wege (l.) und Raimund Dankowski (r.) ehren Michael Sachs, ehemaliger Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg, und Jutta Blankau, ehemalige Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, für deren Bauoffensive und Engagement in der Hamburger Wohnungspolitik mit der goldenen Ehrennadel des VNW.

VNW-Verbandsdirektor Dr. **Joachim Wege** lobte in seinem Vortrag die Zusammenarbeit der Verbandsunternehmen: „Seit 25 Jahren gehören die mecklenburgisch-vorpommerschen Wohnungsunternehmen zum VNW. Sie mussten sich komplett auf eine neue Wirtschafts- und Rechtsordnung umstellen. Mit Unterstützung vieler Unternehmen aus Hamburg und Schleswig-Holstein sowie der des Verbandes meisterten sie diese gewaltige Aufgabe hervorragend. Gemeinsam haben die Unternehmen im Drei-Länder-Verband in den vergangenen 25 Jahren Höchstleistung gezeigt und stellen sich selbstbewusst künftigen Herausforderungen.“

Das Programm Stadumbau Ost trage seit

2002 dazu bei, trotz rückläufiger Bevölkerung und Wohnungsleerstand die Attraktivität ostdeutscher Städte zu sichern. Anfang 2014 wurden in Mecklenburg-Vorpommern 251 Maßnahmen in 146 Kommunen gefördert und seit Beginn des Programms über 26.000 Wohnungen abgerissen. „Die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern haben seit der Wende rund 12 Milliarden Euro in ihre Bestände investiert. 95 Prozent ihrer Wohnungen sind voll- oder teilmodernisiert – ein Spitzenwert im Vergleich zu den anderen neuen Ländern. Diese gewaltige Kraftanstrengung hat die Wohnverhältnisse sichtbar verbessert. Das Programm Stadumbau Ost ist eine Erfolgsstory. Aufgrund aktueller und zu erwartender Leerstände muss der



Prof. Dr. Guido Knopp

Stadumbau mit Förderung der Aufwertung wie des Rückbaus über 2016 hinaus fortgesetzt werden“, erklärte **Dieter Vetter**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft mecklenburgisch-vorpommerscher Wohnungsunternehmen.

**Christian Pegel**, Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, bestätigte die hohe Nachfrage nach Fördermitteln. Doch er brachte seine Skepsis zum Ausdruck: „Viel hilft nicht immer viel“ und in anderen Bereichen sei auch noch eine Menge zu tun, zum Beispiel bei der Energiewende. Pegel betonte, dass die Energiediskussion zurzeit nur eine Stromdiskussion sei. „Wir können bei Strom nicht stehen bleiben. Vor allem Wärme und Mobilität müssen verstärkt berücksichtigt werden“, so der Energieminister.

Zu einem kleinen Exkurs in die deutsche Geschichte lud Prof. Dr. **Guido Knopp** in seinem Vortrag „Sternstunde der deutschen Geschichte: 25 Jahre Deutsche Einheit“ ein. Der Historiker berichtete von Gesprächen und Vereinbarungen hoher Politiker, von denen er einige Jahre spä-

Weiter auf Seite 6 ➔

# Aktueller Zahlenspiegel 6/2015

Rahmendaten zur Wohnungswirtschaft in Deutschland

Bevölkerungsstand (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011)	3. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Bevölkerungsstand (1.000 Einwohner)	80.716	81.084	+0,5%
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen Veränderung gegen Vorjahr auf Basis der Preise von 2010	1. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr preisbereinigt
	2014	2015	
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. EUR)	713,5	734,6	+1,1%
dar.: Bauinvestitionen (Anlageinvestitionen Bauten)	66,2	66,1	-1,9%
dar.: Wohnbauten	40,0	39,4	-1,9%
Verbraucherpreisindex (2010 = 100)	Mai		Veränderung gegen Vorjahr
	2014	2015	
Verbraucherpreisindex aller privaten Haushalte	106,4	107,1	+0,7%
Mietpreisindex (2010 = 100)	Mai		Veränderung gegen Vorjahr
	2014	2015	
Wohnungsmiete (einschl. Nebenkosten) insgesamt	105,1	106,4	+1,2%
Wohnungsmiete (inkl. Miete von Eigentumswohnungen)	105,2	106,5	+1,2%
Altbauwohnungen	105,5	106,9	+1,3%
Neubauwohnungen	105,2	106,4	+1,1%
Index der Mietnebenkosten (2010 = 100)	Mai		Veränderung gegen Vorjahr
	2014	2015	
Wasserversorgung	105,3	107,3	+1,9%
Müllabfuhr	99,6	99,8	+0,2%
Abwasser	103,6	104,1	+0,5%
Andere Nebenkosten	108,2	110,7	+2,3%
Index der Energiekosten (2010 = 100)	Mai		Veränderung gegen Vorjahr
	2014	2015	
Strom	125,9	124,8	-0,9%
Gas	111,8	110,2	-1,4%
Flüssige Brennstoffe	120,6	100,4	-16,7%
Feste Brennstoffe	110,1	112,6	+2,3%
Zentralheizung/Fernwärme	118,2	112,8	-4,6%
Baupreisindex (2010 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	1. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2014	2015	
Bauleistungen (Neubau) am Wohngebäude	108,9	110,6	+1,6%
Rohbauarbeiten	108,4	109,5	+1,0%
Ausbauarbeiten	109,3	111,5	+2,0%
Baulandpreise (in EUR je qm)	4. Vierteljahr		Veränderung gegen Vorjahr
	2013	2014	
Kaufwerte für baureifes Bauland (EUR je qm)	145,33	139,63	-3,9%
Geschäftsgebiet	332,69	220,30	-33,8%
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet gemischt	191,22	280,16	+46,5%
Wohngebiet	161,33	160,47	-0,5%
Industriegebiet	44,75	33,98	-24,1%
Dorfgebiet	37,13	28,60	-23,0%
Index des Auftragseinganges im Baugewerbe (Wertindex 2010 = 100) <sup>1)</sup>	März		Veränderung gegen Vorjahr
	2014	2015	
Hoch- und Tiefbau	162,4	190,7	+17,4%
Wohnungsbau	135,7	143,7	+5,9%
Wohnungsbaugenehmigungen <sup>1)</sup>	Januar bis April		Veränderung gegen Vorjahr
	2014	2015	
Genehmigungen insgesamt (einschl. Bestandsmaßnahmen)	87.663	89.134	+1,7%
dar.: Wohnungen (Neubau) in Einfamilienhäusern	28.611	28.474	-0,5%
Wohnungen (Neubau) in Zweifamilienhäusern	6.432	6.066	-5,7%
Wohnungen (Neubau) in Mehrfamilienhäusern	38.035	39.070	+2,7%
davon: Eigentumswohnungen	21.010	19.687	-6,3%
Mietwohnungen	17.025	19.383	+13,9%

Quelle: Statistisches Bundesamt © GdW Beckmann

1) Die Wohnungsbaufertigstellungen werden nur noch jährlich vom Statistischen Bundesamt gemeldet. Die Fertigstellungen für 2013 wurden mit dem Aktuellen Zahlenspiegel September 2014 veröffentlicht.



Dr. Joachim Wege

➔ Fortsetzung von Seite 5

ter aus direkter Quelle erfuhr. Prof. Knopp bezeichnete den Mauerfall als „Glücksfall deutscher Geschichte“. Es hätte auch anders ausgehen können, so der Historiker. **Axel Gedaschko**, GdW-Präsident, warf einen Blick in die Zukunft. Unter dem Titel „Wohnungswirtschaft 2020“ präsentierte Gedaschko das Wohnen der Zukunft mit innovativen Energieprodukten und sogenannten Smart Houses. „Wir müssen umparken im Kopf“, so der GdW-Chef. Mit diesem Zitat aus einer Werbekampagne forderte er flexibleres Denken in der Wohnungswirtschaft.

Der VNW kritisierte bei seinem Verbandstag die widersprüchliche Wohnungspolitik als Investitionshindernis. Die Politik würde der Wohnungswirtschaft immer neue Aufgaben auf. Sie solle das Weltklima retten, älteren Menschen das Heim ersparen, Flüchtlinge angemessen unterbringen und mit Wohnungsneubau zur Stadtentwicklung und Entspannung an den Wohnungsmärkten beitragen. Und gleichzeitig sollen die Mieten möglichst sinken. „Wir warnen vor einer politischen Überforderung der Wohnungswirtschaft“, sagte VNW-Verbandsdirektor Dr. Joachim Wege. „Die Politik legt uns immer neue Lasten auf, lässt uns aber mit den Folgen im Regen stehen. Diese widersprüchliche Wohnungspolitik wird in Zukunft die Investitionen bremsen. Wir brauchen positive Rahmenbedingungen durch die Politik und mehr partnerschaftliches Handeln auf allen Ebenen. Der VNW und seine Mitgliedsunternehmen sind wichtige Partner für Politik, Wirtschaft und Verbände. Sie tragen zu stabilen Quartieren und sozialem Frieden bei. Doch allein können sie die gewaltigen Zukunftsaufgaben nicht stemmen.“

Der VNW nutzte seinen Verbandstag, um von der Politik mehr finanzielle Unterstützung für die Kommunen zur Integration von Zuwanderern zu fordern. Außerdem solle beispielsweise bei der Grundstücksvergabe mit mehr Augenmaß vorgegangen werden. Wenn die sozialen Unternehmen nicht gegenüber Bauträgern durch Höchstpreisverfahren benachteiligt würden, könnten mehr günstige Mietwohnungen entstehen. Bezahlbares Bauland und Bauen seien hier die Voraussetzung, nicht etwa eine Mietpreislösung. (frikön) ■

**Mietrecht: Mängel an der Mietsache = Minderung?**

14. Juli 2015, München

Jeder Vermieter kennt das: Ist ein Mieter finanziell angeschlagen, wird gerne mal ein Mangel behauptet und die Miete gemindert. Liegt tatsächlich ein derartiger Schaden vor, kommt kein Mieter auf den Gedanken, diesen selbst verursacht zu haben. Wann ein Mangel vorliegt und welche Konsequenzen das hat, wird anhand aktueller Rechtsprechung in diesem Seminar eingehend vorgestellt. Ziele des Seminars sind es, erhebliche von unerheblichen Mängeln unterscheiden zu können, Minderungsquoten beurteilen zu lernen, Mietausfälle zu vermeiden/reduzieren und rechtssicher auf unberechtigte Minderungen reagieren zu können.

**Weitere Infos:** vdw Bayern, Katja Kaiser-Himmelsbach, Telefon: 089/290020302, E-Mail: katja.kaiser-himmelsbach@vdwbyern.de, Internet: www.wohnungswirtschaft-bayern.de/aus-und-fortbildung

**Bautechnik aktuell: Wärmedämmung, Lüftung, EnEV & Co.** 22. Juli 2015, Bochum

Der Ärger über gewisse Systemlösungen ist oftmals groß – die erhoffte Wirkung bleibt aus, die Technik ist sehr wartungsintensiv oder reparaturanfällig. Zudem gibt es stetig neue rechtliche und technische Auflagen und Anforderungen, die das tägliche Handeln beeinflussen und bestimmen. Welche Technik lohnt sich einzusetzen? Was treibt die Kosten nur unnötig in die Höhe, ohne einen entsprechenden Nutzen zu liefern? Im Rahmen dieses Seminars erhalten die Teilnehmer herstellernerneutrale Handlungsempfehlungen. Es werden sowohl die technischen als auch die wirtschaftlichen Anforderungen betrachtet. Nicht zuletzt wird ein Blick auf die aktuelle Rechtsprechung geworfen. So können die Teilnehmer wertvolle Anregungen mitnehmen und damit nachhaltig den Erfolg der nächsten Modernisierung oder des nächsten Neubauprojektes sichern.

**Weitere Infos:** EBZ, Madeleine Thon, Telefon: 0234/9447588, E-Mail: m.thon@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

**Verkehrssicherungspflichten**

29. Juli 2015, Berlin

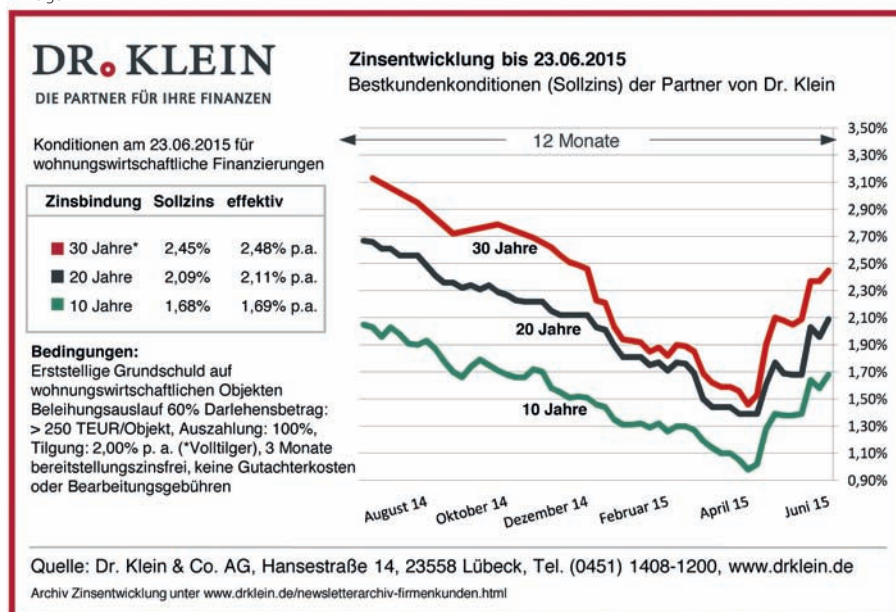
Mögliche Gefahrenquellen erkennen, sich der Verpflichtungen aus den Gesetzen bewusst sein und abwehrende Maßnahmen ergreifen können: Das sind die Lernziele dieses Seminars zur Verkehrssicherungspflicht, welches sich besonders an Hausverwalter und Techniker richtet. Dozent Dieter Uhlig vermittelt die Inhalte mit Hilfe von Vorträgen, Diskussionen und Fallbeispielen.

**Weitere Infos:** BBA, Christoph Dormeier, Telefon: 030/23085541, E-Mail: christoph.dormeier@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de/weiterbildung

## PERSÖNLICHES

Winfried Zysk, Vorstandsmitglied der Wohnbau eG Wohnbaugenossenschaft Essen, feierte am 24. Juni 2015 seinen 65. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW-Verbandstag.

Anzeige



## IMPRESSUM

**wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:  
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:  
Katharina Burkardt

Redaktion:  
Andreas Schichel, Klaus Schrader,  
Anne-Sophie König

Anschrift der Redaktion:  
Mecklenburgische Straße 57  
14197 Berlin  
Tel. 030 82403-151  
Fax 030 82403-159  
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:  
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Munzinger Straße 9  
79111 Freiburg

Standort Hamburg  
Tangstedter Landstraße 83  
22415 Hamburg  
Tel. 040 520103-0  
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:  
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249  
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446  
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:

115 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand  
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-  
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von  
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte übernehmen wir keine  
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-  
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-  
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher  
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

**wi Online-Archiv**

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter **www.haufe.de/immobilien** in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „**Zeitschriften**“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „**Anmelden**“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf **www.haufe.de** verfügen, können Sie unter „**Neuregistrierung**“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „**Meine Produkte starten**“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

## Wolfram Gay neues Vorstandsmitglied bei der DESWOS



Foto: DESWOS

Wolfram Gay

Auf der diesjährigen Klausurtagung der DESWOS Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen in Hannover wurde Wolfram Gay für den Vorstand der DESWOS bestellt. Er wird für die Finanzen zuständig sein. Bisher hatte Wolfram Gay im Verwaltungsrat der Entwicklungshilfeorganisation für den BBU die Wohnungsunternehmen aus Brandenburg vertreten und war dort zuletzt stellvertretender Vorsitzender. (willkön) ■

## Volker Leers einstimmig als Präsident des VdW saar wiedergewählt

Volker Leers, Geschäftsführer der Unternehmen der SBT Immobilien Gruppe, wurde Anfang Juni in der Mitgliederversammlung des Verbandes der saarländischen Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (VdW saar) einstimmig als Präsident bestätigt. Er hatte das Amt 2013 übernommen. Leers sieht zentrale Aufgabenstellun-

gen in der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Immobilienwirtschaft. Weitere Herausforderungen seien zudem die Unterbringung von Flüchtlingen und die anschließende Integration auf den Wohnungsmärkten. Eine deutlich stärker aufeinander abgestimmte Förderlandschaft im Saarland müsse das Ziel sein. (fralkön) ■



Foto: VdW saar

Volker Leers

## Recht so

### Beleidigung „Sie promovierter A...“ rechtfertigt fristlose Kündigung durch Vermieter

Mit Urteil vom 28. November 2014 hat das Amtsgericht München (Az.: 474 C 18543/14) entschieden, dass die Beleidigung des Vermieters mit den Worten „Sie promovierter A...“ die fristlose Kündigung des Mietverhältnisses rechtfertigt. Eine Abmahnung sei gemäß § 543 Absatz 3 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) entbehrlich; auch komme die Gewährung einer Räumungsfrist nicht in Betracht. In dem zu beurteilenden Sachverhalt haben sowohl der Vermieter als auch der Mieter über zahlreiche – das Mietverhältnis betreffende – Punkte gestritten. Eines Morgens kam es zu einem Wortwechsel zwischen den Parteien, bei welchem der beklagte Mieter den später klagenden Vermieter mit „Sie promovierter A...“ titulierte. Der Kläger kündigte daraufhin das Mietverhältnis fristlos wegen Beleidigung unter Bezugnahme dieses Vorfalls. Einer Fristsetzung habe es nicht bedurft, insbesondere weil die Parteien im gleichen Haus wohnen und vom Beklagten auch keine Entschuldigung für die Beleidigung erfolgt sei. Der beklagte Mieter wehrte sich gegen die Kündigung unter anderem mit dem Hinweis, dass die Beleidigung nicht grundlos erfolgt sei. Dies wurde auch ausgeführt. Das Amtsgericht entschied jedoch, dass der Vermieter außerordentlich kündigen kann, da das Mietverhältnis wegen der Beleidigung gemäß § 543 Absatz 1 BGB wirksam beendet wurde. ■

#### EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Für das Gericht war entscheidend, dass die vom Beklagten ausgesprochene Beleidigung ein solches Gewicht hatte, dass die Unzumutbarkeit der Vertragsfortsetzung auf der Hand liege. Berücksichtigt wurde dabei auch der Umstand, dass die Parteien im gleichen Haus wohnen und damit regelmäßige Zusammentreffen der Parteien unausweichlich waren. Das Gericht verwies auch auf den Umstand, dass bislang keine Entschuldigung erfolgt sei. Die Entscheidung erscheint richtig. Unzweifelhaft ist hier, dass die Beleidigung keine bloße Unhöflichkeit darstellt, sondern schlicht ehrverletzenden Charakter hat. Die Grenze einer noch hinzunehmenden Pöbelei oder Unhöflichkeit wurde klar überschritten. Es dürfte sogar eine Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches vorliegen. Ohne eine Distanzierung oder Entschuldigung, also ein Zurücknehmen der Beleidigung, dürften entsprechende ehrverletzende Äußerungen also per se einen Kündigungsgrund im Sinne von § 543 BGB darstellen.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

#### ZAHL DER WOCHE

# 1,5

Prozent mehr als der Durchschnitt aller Konsumenten der Europäischen Union (EU) mussten deutsche Verbraucher 2014 für den privaten Konsum berappen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, war das Preisniveau in den meisten direkten Nachbarländern Deutschlands allerdings höher. Lediglich in Polen und der Tschechischen Republik waren die Lebenshaltungskosten niedriger. Innerhalb der EU war das Preisniveau in Dänemark mit einem Abstand von + 38 Prozent zum Durchschnitt aller 28 Mitgliedstaaten am höchsten, gefolgt von den anderen skandinavischen Ländern Schweden (+ 24,7 Prozent) und Finnland (+ 23,2 Prozent). Am günstigsten innerhalb der EU war es in Bulgarien: Hier mussten die Verbraucher für den Erwerb eines repräsentativen Warenkorb weniger als halb so viel zahlen wie im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten (- 51,6 Prozent). Bei den europäischen Ländern außerhalb der EU mussten die Verbraucher nur in der Schweiz (+ 54,1 Prozent) und in Norwegen (+ 48,1 Prozent) noch tiefer in die Tasche greifen als in Dänemark. Am unteren Ende lagen Albanien (- 49,9 Prozent) und Mazedonien (- 53,3 Prozent). ■